

Österreichs Mindestsicherung: Politische Debatte um hohe Auszahlungen!

Neue Statistiken zur Mindestsicherung in Österreich:
Politische Debatte über Bezieher, Zahlungen und
Integrationsmaßnahmen.



Wien, Österreich - Neue Statistiken zur Mindestsicherung in Österreich haben kürzlich eine hitzige politische Debatte entfacht. Im Jahr 2024 beziehen insgesamt 224.950 Personen Mindestsicherung oder Sozialhilfe. Die Zahlen, die von **Kosmo** vorgelegt wurden, zeigen, dass 61% dieser Bezieher einen Migrationshintergrund haben. Darunter sind 75.000 Bezieher, die aus Syrien oder Afghanistan stammen, und 87.200 Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Die durchschnittliche Auszahlung der Mindestsicherung beläuft sich auf etwa 800 Euro pro Monat. Ein bemerkenswerter Punkt ist, dass viele Bezieher häufig als „Aufstocker“ gelten, deren eigenes Einkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu

sichern. Besonders auffällig ist die Familiengröße unter den Beziehern: Frauen aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak haben im Schnitt 2,86 Kinder, während in Österreich geborene Frauen nur 1,24 Kinder bekommen.

Regionale Unterschiede in der Auszahlung

In Wien ist die Mindestsicherung pro Kind mit 326,43 Euro im höchsten Mittel. Im Vergleich dazu ist der Betrag in Oberösterreich und Niederösterreich für mehrere Kinder deutlich geringer. Interessanterweise wird in Salzburg für ein Einzelkind lediglich 21% des Richtsatzes gewährt.

Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die Auswirkungen des Systems: Eine syrische Familie mit 13 Mitgliedern erhält monatlich 9.000 Euro an staatlichen Leistungen, die sich aus 6.000 Euro Mindestsicherung und 3.000 Euro Familienbeihilfe zusammensetzen.

Integrationspolitik und sozialer Kontext

Die Diskussion über das Sozialsystem wird auch von Integrationsministerin Claudia Plakolm maßgeblich geprägt. Sie fordert einen Kurswechsel, um die Integration zu verbessern. Rund 48.000 Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte beziehen weiterhin Sozialleistungen, obwohl viele von ihnen arbeiten könnten. Die ÖVP plant deshalb ein verpflichtendes Integrationsprogramm, das mögliche Sanktionen für Nichteinhaltung vorsieht. Plakolm betont, dass Integration, Sprachkenntnisse und Arbeitswillen unerlässlich für den Verbleib in Österreich sind.

Diese Problematiken sind nicht allein auf Österreich beschränkt. In Deutschland etwa zeigten Statistiken von **bpb** aus dem Jahr 2020, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bei 26,7 Prozent lag. Diese Gruppen sind im Durchschnitt schlechter ausgebildet und häufiger von staatlicher Unterstützung abhängig.

Die Daten zeigen auf, dass Personen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so häufig erwerbslos sind wie jene ohne Migrationshintergrund und einen geringeren Anteil an festangestellten Arbeitsplätzen haben. Dies wirft die Frage auf, wie Integration in der Gesellschaft nachhaltig gefördert werden kann.

Soziale Absicherung und Grundsicherung

Die **Statistik Austria** hebt hervor, dass die Mindestsicherung und Sozialhilfe Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs umfassen. Diese Statistiken gelten außerhalb stationärer Einrichtungen und bieten einen wichtigen Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

Die aktuellen Entwicklungen und Debatten in Österreich zeigen, wie wichtig es ist, ein effektives Sozialsystem zu schaffen, das sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung als auch den Herausforderungen der Integration gerecht wird. Die Aufarbeitung der Statistiken und die Entwicklung neuer Strategien sind dabei entscheidend für den sozialen Zusammenhalt im Land.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.bpb.de • www.statistik.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at